

Bezugspreis:
Wöchentlich 85 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn, Luxemburg wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzband erdungen nur gegen wertbeständiger Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kriegsmarine“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2306 2307

Dienstag, den 19. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkontos: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkewitz-Gesellschaft, Dönhofsstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareilzeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (ausfallig zwei fertige Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmarke — ein Dollar gerechnet durch 4,25.

Einlagen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofsstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Schwarzer Montag für den Franken.

Das Pfund über 101. — Bestürzung in Paris. — Nachsichtigung der Kammer.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse stürzte der Frank erneut, so daß das Pfund offiziell mit 101,25 Frank notiert wurde. Das ist nicht nur der tiefste Stand der französischen Valuta überhaupt, sondern auch sein stärkster Fall an einem Tage. Der letzte Kurs vom Sonnabend lautete 97,80.

Paris, 18. Februar. (E.P.) Das Pfund Sterling ist heute zum erstenmal mit mehr als 100 Frank bezahlt worden. Für 100 Schweizer Frank mußten 406 französische Frank bezahlt werden. Dieser neue Rekordsturz hat beim Publikum größte Bestürzung hervorgerufen. Die Kursnotierungen der Banken waren von großen Menschenmengen umlagert.

Die Nachricht, daß das Pfund den Stand von 100 erreicht und sogar überschritten hat, muß natürlich eine ungeheure psychologische Wirkung in Frankreich auslösen, ähnlich wie seinerzeit in Deutschland, als der Dollar auf den Stand von 100 Papiermark gestiegen war. Diese Ziffer bedeutet, daß 1 Papiermark kaum mehr 19 Friedenscentimes wert ist. Was diese Entwertung sozial für weite Schichten der französischen Bevölkerung, namentlich für die Millionen von Rentnern und Pensionären, sowie für den Mittelstand bedeutet, wird noch erläutert werden müssen. Auch die Arbeiterschaft und die kleinen Beamten werden unter dieser Entwertung schwer zu leiden haben, da die Lebensmittelpreise mit dem Stand der Auslandsvaluten Schritt hält — innerhalb der letzten Wochen rund 30 Proz. — nicht aber die Löhne und Gehälter, die bisher fast gar nicht der neuen Teuerungswelle entsprechend heraufgesetzt wurden.

Merkwürdigerweise vollzieht sich die neueste Frank-Baisse im Reich einer verhältnismäßigen Entspannung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Das Verhältnis zu England hat sich, wenigstens nach außen hin, etwas gebessert, einige kritische Streitfragen (Walfang-Separatismus, Kölner Eisenbahnzone) sind beigelegt, ja selbst das deutsch-französische Verhältnis weist keine Fortschritte auf. Und trotzdem dieser neue Frank-Sturz, der alle bisherigen Reformen schlägt! Es handelt sich offenbar um eine allgemeine Krise des Vertrauens gegenüber der Regierung Poincaré: das Vertrauen in die gegenwärtigen französischen Staatsmänner, die diesem finanz-wirtschaftlichen Elementarereignis mit ebenso unzulänglichen wie verfehlten Mitteln beizukommen versuchen, schwindet nicht nur im Auslande, sondern auch in Frankreich. Und deshalb wird auch das heute zu erwartende Vertrauensvotum der Kammer für Poincaré dem schwerkranken Frank nichts nützen.

Die Kammer Sitzung.

Paris, 18. Februar. (Eca.) Die Nachmittags-Sitzung der Kammer endete heute um 7 Uhr. Heute abend um 9 Uhr wird eine

Nachsichtigung beginnen. Es verläutet, daß Poincaré bedingungslos verlangt, daß die Abstimmung über den Artikel 3 der Regierungsvorlage heute zustande kommt. Es wird infolgedessen erwartet, daß Poincaré im Laufe der Nachsichtigung das Wort ergreifen wird und daß es im Anschluß daran zu einer entscheidenden Abstimmung kommt. Die Nachricht, daß an der Nachbörse das Pfund den Kurs von 102 erreicht hat, hat unter den Abgeordneten eine starke Erregung hervorgerufen. In der Nachmittags-Sitzung hat Poincaré bereits erklärt, es läge nunmehr für die Annahme der Regierungsvorlage auf jede Minute an. Von den Anhängern Poincarés wurde das Thema des Bürgerkriegs im Zusammenhang mit dem Franksturz in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt. Am Schluß der Nachmittags-Sitzung erklärte Poincaré: „Die Regierung glaubt energisch darauf bestehen zu müssen, daß die Kammer ihre Sitzung fortsetzt oder heute abend eine Abend-Sitzung abhält, bis über den Artikel 3 abgestimmt ist.“ (Beifall.) Die Kammer entscheidet sich durch Erheben von den Plätzen für die Fortsetzung der Debatte heute abend.

Paris, 18. Februar. (W.F.B.) Im Verlauf der heutigen Kammerdebatte erhob Bokanowski den Vorwurf, daß die langsame Fortführung der Debatte eine unangenehme Nachwirkung auf den Frankkurs gehabt habe. Heute koste das Pfund Sterling 100 Frank. Der Royalist Daudet rief dagegen: „Das ist euer Fehler! Das hat euch Begehentwurf veranlaßt!“ Poincaré erwiderte: „Nein! Die langsame Diskussion ist die Ursache der Baisse. Das bestätigen alle Kurstinne, die wir erhalten.“ Der Abg. Daudet fragte: „Welche Auskünfte? Sie werden von Bankiers unterrichtet, die Sie irreführen.“ Poincaré entgegnete: „Keineswegs, das sind die Auskünfte, die wir von unseren diplomatischen Vertretern erhalten.“ Der Berichterstatter Bokanowski erklärte: „Als die Regierung den Begehentwurf, den wir jetzt verhandeln, einbrachte, um das Budget auszugleichen, ist das Pfund von einem Tage zum andern von 98 auf 90 Frank gefallen. Seitdem ist der Frank wieder langsam gefallen, und zwar wegen des langsamen Tempos der Diskussion.“ Zu Daudet gemeldet bemerkte Bokanowski: „Ich begreife wohl, daß die Feinde der gegenwärtigen Staatsform, die Royalisten und die Kommunisten, diese Franksturz ruhigen Auges betrachten.“ Die Erklärung ruft lebhaften Protest seitens der Royalisten und Kommunisten hervor. Die Kammer lehnt in rascher Folge eine ganze Reihe von Zusatzanträgen der Kommunisten ab.

Nach einem Zusatzantrag des Abg. Cahin, der eine Verstaatlichung der Großbanken verlangt, ergreift der royalistische Abg. Daudet das Wort, um eine heftige Antisage gegen die Banken zu halten. Unter der Heiterkeit des Hauses verlangt der Abgeordnete Standgerichte für alle, die mit Devisen spekulieren. Wenn nichts geschehe, dann werde in einigen Monaten der Bürgerkrieg ausbrechen, und man dürfe davon überzeugt sein, daß Deutschland nach ihm und Ruhen daraus ziehen werde. Das Haus verhält sich schweigend, worauf Daudet unter allgemeiner Heiterkeit schließt: „So ist es!“ Daraufhin wurde die Abhaltung einer Nachsichtigung beschlossen.

Eine Vereinbarung mit Bayern.

Reservatrechte auch für das Heer.

Amlich wird gemeldet:

Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern ist beigelegt. Zur Erledigung der schließlichen Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Reichswehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen beiden Regierungen folgendes vereinbart:

Uebereinstimmung bestand, daß durch die Lösung des gegenwärtigen Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesem Rahmen soll

a) künftig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren begründeten Wünschen möglichst Rechnung getragen werden;

b) bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei den bayerischen Belangen die vollständigste Rücksicht zu teil werden, insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes;

c) die Eidesformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln künftig folgende Fassung erhalten: „Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Heeremajestät und gelobe als tapferer Soldat mein Vaterland und seine geschwäglichen Einrichtungen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.“

Durch vorstehende Vereinbarung wird der Behandlung weiterergehender, in der bayerischen Deutschlist enthaltener Wünsche nicht vorgegriffen.

Durch diese Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung wiederher-

gestellt und die Inpflichtnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 22. Oktober 1923 entfallen.

Damit wäre also der Frieden zwischen dem Reich und Bayern, der in der Beschlusse als der Frieden von Homburg v. d. Höhe fortsetzt, unterzeichnet. In Homburg war es, wo sich vor einigen Wochen der Reichskanzler Dr. Marx mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Kauffling traf, um mit ihm die Modalitäten eines deutsch-bayerischen Ausgleichs zu besprechen.

Nachfolger Lossows wird der General Arch v. Krefsenstein, der schon seinerzeit, beim Abfall Lossows, als rechtmäßiger Inhaber der Militärgewalt vorgesehen war. Mit ihm hatte auch Herr Gehler seinerzeit eine Besprechung in Augsburg, deren Bekanntwerden die Entwicklung der Krise sehr beschleunigte.

Die Vereinbarung selbst enthält ein sehr bemerkenswertes Zugeständnis an den Partikularismus. Praktisch wird die Sache so laufen, daß die Ernennung oder Abberufung eines Landeskommandanten ohne Genehmigung der bayerischen Regierung nicht möglich sein wird, wenn man nicht neue Konflikte herbeiführen will. Was Bayern beansprucht, werden aber mit gleichem Recht auch die anderen Regierungen verlangen, so daß die Reichswehr eine stark föderalistische Angelegenheit zu werden droht.

Diese partikularistische Gefahr erscheint um so größer, als obendrein noch feststeht: wird, daß mit dieser Vereinbarung weitergehende bayerischen Wünschen nicht vorgegriffen wird.

Als Partei des Reiches einigt kann die Sozialdemokratie eine wichtige Entschärfung nur bestehen, und es ist sehr wichtig, daß die befürchteten Folgen nicht eintreten werden. So notwendig es ist, auch festzustellen, daß es ein bürgerliche Regierung war, die wackleren Garantierungen in wehrgesetz und damit die Forderung der Einheitsarmee des einzelnen Reichsteils bedroht.

Agrarierwoche.

Die Verhungerten zeigen sich.

Vor 21 Jahren wurde der Bund der Landwirte gegründet unter dem Motto, das ihm Ruprecht aus Ransern gegeben hat: „Wir müssen schreien, schreien und abermals schreien und auch nicht davor zurückschrecken, unter die Sozialdemokraten zu gehen!“ Seit jenen Februartagen von 1893 ist die Haltung der deutschen Agrarier dieselbe geblieben. Das Schreien haben sie trotz so mancher seltenen Jahre nicht verlernt, und heute stehen sie wieder mit voller Lungenkraft auf der Tribüne des Großen Schauspielhauses zu Berlin, um ihre Wünsche in die Welt zu „schreien“. Sie sind wirklich in allen Punkten dieselben geblieben. Der alte Kanitz prägte das Wort von den „geflüchten Strohdächern“, er verlangte die Einführung staatlicher Getreidebewirtschaftung, und der alte Dieß-Daber sprach das große Wort aus: „Die Minister können uns sonst was!“

Heute sind wir wieder so weit, daß der junge Kanitz die Schutzvölle für landwirtschaftliche Produkte fordert, heute tritt der alte Wangenheim, der Landwirtschaftsminister der Kapp-Tag, vor seine gröhrenden Berufsgenossen, um den preussischen Landwirtschaftsminister im Sinne seines hinterpommerschen Freundes Dieß abzuschätzen. Neben ihm führt der Ritterguts- und Fabrikbesitzer Schiele das große Wort. Dieser deutschnationale Abgeordnete hat am Montag auf der Tagung des Brandenburgischen Landbundes eine Rede gehalten, die an Demagogie ihresgleichen sucht. Selbstverständlich, daß er unter dem Beifall seiner Freunde voller Besorgnis um das Wohlergehen der Landwirtschaft vor der Aufhebung des Ausnahmezustandes warnt. „Darin findet er sich ganz einig mit seinen Klassenossen von der Industrie. Auch sie überschüttet den Reichskanzler und die Reichsregierung mit Telegrammen, in denen die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes gefordert wird. Der Ausnahmezustand, unter dem die Arbeiterbewegung getnebelt werden kann, soll der Dauerzustand für alle werden, die Unternehmerinteressen mit dem Staatswohl gleichsetzen.“

Das Wohl des Staates liegt den braven Landwirten natürlich besonders stark am Herzen. Deswegen zeigen sie eine ungeheure Steuerfreudigkeit, die sie schon von ihren Vätern ererbt haben. Wenn die Rot des Volkes zum Himmel schreit, so sind die Agrarier bereit, jede Steuer und in jedem Betrage zu entrichten, aber aus den Taschen der anderen! Sie selbst werden „vollkommen erdrückt“ von jeder Steuer, mag sie heißen, wie sie will, und eine Höhe erreichen, welche immer. Diese Steuerfreude kennzeichnet auch die Rede Schieles. Er behauptet, daß durch die von der bürgerlichen Regierung vorgesehenen Steuern 30—40 Proz. des Bruttoergebnisses der landwirtschaftlichen Erzeugung dem Reich und Staat zufallen würden. Das bedeute Erdrückung der Landwirtschaft und damit das Ende des Staates. „Man geht“, so behauptet Schiele, „offenkundig darauf aus, jeden Aufstieg abzuschneiden und die Kaufkraft des Innenmarktes lahmzulegen. Wir verwahren uns dagegen, daß wir steuerfeindlich sein sollen.“ Nur daß so viele Finanzbeamte in den Finanzämtern sitzen und die Angaben der steuerfreudigen Agrarier nachzuprüfen haben, will Herr Schiele und seinen Befinnungsgenossen nicht in den Sinn. Das könnte doch auch, wie in den früheren schönen Zeiten, ein agrarischer Landrat mit zwei Steuersekretären besorgen. Damals haben die Berufsgenossen der Kanitz, Dieß, Wangenheim und Schiele ja so freudig auf dem Altar des Vaterlandes geopfert, daß niemals eine finanzielle Not über das Reich gekommen ist. Heute aber, wo in der Reichsbank ein „finanzieller Routinier“ sitzt, da wird den Landwirten aus Böswilligkeit Steuerabotage nachgedrückt. Schiele und die Seinen haben nie davon gehört, daß in Landwirtschaftsreisen und Versammlungen offen zur Steuerverweigerung, zum Steuerstreik und zum rücksichtslosen Betrug der Finanzämter aufgefordert worden ist. Sie sind die wahren Unschuldslämmer, die sie immer waren und auch in Zukunft zu bleiben gedenken. Nur verlangen sie Verweigerung der Reparationszahlungen und der Kosten für die Belagerungsarmee und schließlich „eine Regierung, die Taten vorbereitet!“

In allem sind die Agrarier die alten geblieben. Nur in einem nicht. „Unter die Sozialdemokraten gehen“, gehört heute nicht mehr zu ihrem Lösungswort. In der Sozialdemokratie erblicken sie vielmehr ihren ernsthaftesten Gegner. Auf sie entläßt sich aller Haß, der in der agrarischen Seele gespeichert ist. Und der Umstand, daß gar Sozialdemokraten in der Regierung und in Ämtern sitzen, die auch den Agrariern auf die Finger sehen können, ist ihnen ein Grauel und Scheuel. Deshalb erhob sich bei den märkischen Bauern orkanartiger Beifall, als der Rittergutsbesitzer Stubbendorff ausrief: „Kont mit Severing!“ und als Echo hallte ihm entgegen: „Frei auch mit Wendorf!“ Der vornehme Schiele aber hat erklärt, daß der Staat bisher, „wie es der Sozialismus in den letzten Jahren beansprucht hat, einen gemeinsamen Fullerton darstelle“. Und bei Erdrückung des Landvolks, daß Staat und Wirtschaft sich heute in unerbörter Kreditkrise und vor gewaltigen Fehlbeträgen be-

finden, erfolgte im Bräutigam agrarischer Heimatssprache der Zusage: „Sauerwirtschaft!“

In dem Bilde, das diese Tagung des Brandenburgischen Landbundes bietet, würde etwas fehlen, wenn nicht auch der Direktor des Reichslandbundes, Abg. Kossick, erschienen wäre und neben den Schützlingen für die Landwirtschaft auch noch wieder das Verbot der Einfuhr von Gutfriedfleisch und die Wiedereinführung der Viehseuchenvorschriften verlangt hätte, die bis zum Weltkrieg das deutsche Rindvieh vor ausländischer Konkurrenz bewahrten. Er eröffnete damit den vollen Ausblick auf die Zukunft der deutschen Ernährung. Als die Kriegswirtschaft im Interesse der Volksernährung auch die landwirtschaftlichen Produkte ersatzweise, um jedem einzelnen wenigstens ein Mindestmaß des zur Nahrung Notwendigen zu sichern, da „schröte“ die Landwirtschaft nach Herstellung der freien Wirtschaft. Jetzt, da nach Jahren des Hungers durch Einfuhr billigerer Auslandsprodukte die Möglichkeit erwacht, daß die weit unter Vorkriegslöhnen entlohnte deutsche Arbeiterschaft in den Städten und Industriebezirken sich wenigstens gelegentlich ein Stück billigeren Fleisches kaufen kann, jetzt „schröte“ dieselbe Landwirtschaft nach Grenzsperrung und Schutzzoll, um ihre Produkte auf und über den Friedensstand im Preise erhalten zu können. Das ist die „Opferfreudigkeit“ der Agrarier, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen!

Eine Keuerung gegen früher fällt in dieser agrarischen Woche doch noch auf: Ein „Jungbauer“, der sich als zweiter Vorsitzender des Brandenburgischen Junglandbundes vorstellt, legt die Ziele und Forderungen dieses „Junglandbundes“ dar:

Die Jungbauern sollen sich in erster Linie bei der Ernte in der Technischen Reichshilfe betätigen, wenn Not am Mann ist. Sie sollen den Leuten, die heute noch mangeln, mit Sommerfrüchten auf den Dörfern herumlaufen, die Jagd weltaus und auch denen das Fell über die Ohren ziehen, die es heute noch wagen, die Internationale zu singen. Es muß verhindert werden, daß unsere Jugend sich irgendwelchem Judentum verleihe. (Lebhafter Beifall.)

Unmittelbar vor dieser brutalen Verherrlichung der Gewalttat und der offenen Aufforderung zur Mißhandlung Andersdenkender hatte der Vorsitzende den Kommandeur des Wehrkreises III, General v. Horn feierlich begrüßt und willkommen geheißen. Hierauf ihm aus der Versammlung zugerufen wurde: „Wenn Reichswehr und Landbund zusammenstehen, dann mag der Teufel kommen!“

Es würde den Wert dieser Kundgebung abschwächen, wenn wir noch ein weiteres Wort über die in allen ihren Teilen für die Gegenwart kennzeichnende Veranstaltung des Agrarierbundes sagen würden!

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat in seiner gestrigen Sitzung die Dispositionen für die Erledigung der Geschäfte des Plenums getroffen. Der Mittwoch und Donnerstag werden der Erledigung kleinerer Vorlagen und der Pfalz-Interpellation gewidmet sein. Für Freitag und Sonnabend werden das Postfinanzgesetz und Anträge der Geschäftsordnungskommission auf die Tagesordnung gesetzt werden. Am Montag folgen die Anträge auf Aufhebung von Verordnungen, die auf Grund des Ernährungsgesetzes ergangen sind, sowie die erste Lesung des Notetats. Diese Diskussion wird die Reichsregierung mit einer Erklärung über die Handhabung des Vermögensgesetzes einleiten. Von den Anträgen auf Aufhebung von Verordnungen liegt bisher nur derjenige der der Deutschnationalen über die Aufhebung der Personalabbauperordnung vor, der vor acht Tagen bereits eingebracht ist. Im übrigen werden Anträge auf Aufhebung von Verordnungen erst in den einzelnen Fraktionen vorbereitet werden, die am Dienstag und Mittwoch zu ihren Sitzungen zusammenkommen. Der Vorkonferenzrat hat ferner beschlossen, daß eine

Der souveräne Bauerrat.

Ein Bild aus dem Zeitalter des „Aufbaus“.

Ende September 1923 richtete der Architekt B. D. A. Harry Kaufenthal dem Wilmersdorfer Bezirksbauamt des Projekts eines Wilmersdorfer auf dem in der Westfälischen Gasse Bülthgenstraße gelegenen Grundstück zur Genehmigung ein. Nachdem das Gesetz alle Dienststellen einschließlich der künstlerischen Beratungsinstanzen unangefochten durchlaufen hatte, wurde, dem allgemeinen Brauch folgend, der Bau in Angriff genommen, ohne die in der Regel monatlang sich hingiehende formelle Erteilung der Genehmigung abzuwarten, und er wurde fortgesetzt, obwohl im Laufe weiterer Verhandlungen der leitende Bauerrat des Bezirks Wilmersdorf, ein Herr Grüber, das Projekt wegen Mangels eines Daches beanstandete. Während die Verhandlungen über das strittige fehlende Dach noch im Gange waren, wurde plötzlich der Bau ohne weiteres inibiert und die Einreichung eines neuen Projekts mit einer späten Wälschen Dachform gefordert, da ein solches Dach, wie es im Projekt vorgezeichnet war, „nicht nach Deutschland passe“. Der Architekt reichte eine den Wünschen des Bezirksbauamts entsprechende Zeichnung ein, die jedoch gleichfalls nicht genehmigt wurde.

Erst fast fünf Monaten geht nun das Wechselspiel „Inhibierung des Baus — provisorische Genehmigung zum Weiterbau“ hin und her, und es drängt sich die Frage auf, wozu die Einrichtung der Sachverständigenkommission von der Begehung getroffen ist, wenn ein Bauherr sich auf Grund seiner persönlichen Auffassung das selbstherrliche Vorgehen anmaßt. Obwohl ihm folgende Kurulitt und Beselzig entgegenstehen:

Kornelius Kurulitt: „Es handelt sich um eine Stilart, die bei städtischen Bauten als diejenige gilt, die die Zukunft gehört. Es erscheint durchaus verfehlt, sie mit örtlichen Polizeimahregeln bekämpfen zu wollen, da diese keineswegs geeignet sind, eine Stilbewegung zu beseitigen. Diese Polizeimahregeln beruhen nach Ansicht der Neuerer auf vollständigen Geschmacksurteilen, deren amtlicher Wirkungsbereich sich nur auf das Gebiet von Wilmersdorf erstreckt. Technische Verbote gegen neue Kunstleistungen haben wohl durchgängig dahin geführt, daß spätere Tage sie als bürokratische Kurzschickseligkeiten betrachteten. Der Kampf um die Frage, welche Kunst für die Zukunft maßgebend sein wird, kann nicht von der Wilmersdorfer Baupolizei geführt werden. Da nun das Referatsschreiben in der Sache der von ihm vertretenen Stilform eine anerkanntenswerte Höhe einnimmt, empfiehlt ich, dem Urteil der Zeitgenossen wie dem der Zukunft durch Verbote nicht vorzugreifen.“

Hans Beselzig: „Der Entwurf gibt meiner Ansicht nach in keiner Weise zu irgendwelchen berechtigten ästhetischen Bedenken Anlaß. Die Baugruppe ist ruhig und klar gegliedert und die Anordnung flacher Dächer und frei vorstehender Balkonplatten gehört ebenso zum Ausdruck der heutigen Kunstanschauung wie die flacheren Dächer zu dem der vergangenen Epoche.“

Einen anderen Bau, an dem es noch weniger auszugehen gibt,

Abänderung des Reichstagswahlgesetzes aus technischen Gründen vor den Reichstagswahlen nicht mehr möglich ist.

Bei der Erörterung der Wahlreformfrage gab Genosse Hermann Müller die Erklärung ab, daß er den Gedanken einer solchen Reform nicht ablehne, aber meine, daß diesem Reichstag zu seiner Durchführung nicht mehr die Zeit bleiben werde. Zuvor hatte bereits Hergt für die Deutschnationalen Befehlendes gesagt. Nur Erleien von den Demokraten vertrat einen anderen Standpunkt.

In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß Genosse Dittmann schon vor Jahresfrist die Wahlrechtsfrage im Weltauswahlschuß anschnitt. Damals waren es nicht nur die Herren Westarp, Kemptes und Bell, sondern auch der Demokrat Kopff, die erklärten, dazu sei es für diesen Reichstag schon zu spät.

Strefemann im Auswärtigen Ausschuß.

Am Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der gestern unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) tagte, eröffnete der Reichsminister des Reichens, Dr. Strefemann, durch eine ausführliche Darlegung der außenpolitischen Lage die Aussprache. Der Minister sprach einleitend über die durch die Beratungen der Sachverständigenkommission aufgeworfenen Fragen und behandelte dann das Problem des gegenwärtigen Standes der Wärum-Verträge sowie die Fragen der Besetzungskosten und des Recovery-Akt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen berührte der Außenminister die Stellung Deutschlands zum Völkerbund, ging darauf zur Frage der Militärkontrollen über und schilderte die Verhandlungslage über den Modus vivendi in bezug auf Rhein und Ruhr und auf die neue Regelung der Verhältnisse in der Pfalz. Zum Schluß wurde der deutsch-amerikanische Handelsvertrag in eingehender Weise vom Minister erörtert.

Vor der Rechtskoalition.

Graefe Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin?

Schwerin, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagabend lagen von 1200 Bezirken aus 633 die Wahlergebnisse vor. Die Deutschnationalen erhielten bis dahin 87 225 Stimmen, die Völkischen 58 552, die Volkspartei 23 306, die Wirtschaftspartei 4775, die Landpartei 3638, Demokraten 11 236, die Republikanische Partei 2658, die Sozialdemokratie 63 425, die Unabhängigen 2431 und die Kommunisten 42 448.

Es ist anzunehmen, daß die Deutschnationalen, die Deutschnationalen und die Volkspartei eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit nicht nur bilden können, sondern auch bilden werden. Es verlangt bereits, daß die Deutschnationalen und auch die Volkspartei bereit sind, den deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe als Ministerpräsidenten zu wählen, obwohl die Deutschnationalen in ihrer Wahltagung geradezu agrarsozialistische Ideen vertreten.

Ein pessimistisches neutrales Urteil.

Kopenhagen, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) „Socialdemokraten“ veröffentlichen folgende Meinung seines Londoner Botschafters, der die Nachricht guter Unterrichtung verdankt: Mit ziemlicher Sorge verfolgt man in England die wirtschaftliche Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland. Man ist erfreut, daß sogar die deutschen Demokraten bei den Landtagswahlen in Thüringen mit den monarchistischen Deutschnationalen zusammengegangen sind und allem Anschein nach mit dieser Partei die Regierung bilden werden. Falls die gleiche politische Konstellation, wenn nicht bei den Reichstagswahlen selbst, so doch nachher, bei der Bildung der deutschen Reichsregierung, verwirklicht wird, wird dies eine der größten Hemmungen bedeuten für das Streben, die europäischen Probleme zu lösen und in Ordnung zu bringen. Ein Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland ist nur dann denkbar, wenn auch Deutschland eine wirklich demokratisch-republikanische Regierung hat.

Nach dem Rücktritt von Kahr—Loffow.

München, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeit hat sich erfüllt. Nachdem feststand, daß die bayerische Staatsregierung auf einseitiges Drängen des Landtages im Laufe dieser Woche den Generallandtagskommissar eines großen Teiles seiner dittatorischen Befugnisse entkleiden wird, zog es Herr v. Kahr vor, seinen Auftraggebern den ganzen Kumpel hinzuzuschleifen. Nach am Sonntag hat er sein Amt als Generallandtagskommissar in die Hände des Gesamtministeriums zurückgegeben mit der Begründung, daß er die beabsichtigte Teilung der vollziehenden Gewalt vom Standpunkt der Sicherheit des Landes aus für höchst bedenklich halte. In Wirklichkeit ist eine solche Teilung ernstlich gar nicht geplant gewesen. Das offiziöse Gerücht davon sollte dem Generallandtagskommissar nur nach außen hin die Möglichkeit geben, mit einer gewissen Charaktervollkommenheit Geste zu verschwinden, damit man nicht in die Notwendigkeit veretzt wurde, den prominenten Statthalter der Monarchie wie einen kleinen Jungen absetzen zu müssen. Nichts als Regie!

Nach den letzten Verhandlungen im Landtag über die Sicherung der Wahlfreiheit bestand kein Zweifel mehr, daß die Regierung zwar nicht gewillt ist, den Ausnahmezustand völlig aufzuheben — obwohl gegen diese Aufhebung im Ernste keine der Parteien etwas einzuwenden hatte — daß sie aber den diesfachen und berechtigten Klagen gegen die Methoden des Herrn v. Kahr weitgehend Rechnung tragen wird. Nunmehr hat der Minister des Innern Schweger das stark gemilderte Instrument des Ausnahmezustandes in seine eigene Hand genommen, womit zum mindesten die Verantwortlichkeit endlich auf die gesetz- und verfassungsmäßige Basis gestellt ist. Gewiß ein Fortschritt für Bayern!

Daß der Rücktritt Kahrns nicht zufällig mit der Teilung der vollziehenden Gewalt zusammenhängt, erkennt man am besten daraus, daß er die notwendige Voraussetzung war für die Beilegung des Konfliktes zwischen dem Reiche und Bayern. Tatsächlich ist das Ende dieses traurigen Konfliktes automatisch zusammengefallen. Da ein Hauptteil dieses Konfliktes in der von der bayerischen Regierung Anstellung angemessenen Selbständigkeit über den Vollzug des Wehrgesetzes lag, so brachte der Verzicht auf diese Eigenmächtigkeit naturgemäß auch den Rücktritt des Generals v. Loffow als Kommandant des Wehrkreises VII (Bayern) bzw. als bayerischer Landeskommandant.

Aus dieser Sachlage erkennt man klar die ganze rechtschöne Wirkung der Tätigkeit des Herrn v. Kahr. Sein Prestige, der Chefredakteur der „Münchener Zeitung“, gibt sich zwar heute schon alle Mühe, zu beweisen, daß das Hauptverdienst Kahrns in der von ihm herbeigeführten Leitung des Reiches liegt. Dieser Beweis ist aber schlecht erbracht, wenn dieser vertraute Mitarbeiter Kahrns gleichzeitig enthüllt, daß der Generallandtagskommissar bei Fortdauer der wirtschaftlichen Verhältnisse vom vorigen Herbst die Möglichkeit einer Selbständigmachung Bayerns ins Auge gefaßt hätte. Bislang ist auch die Mitteilung, daß von der Hitler-Ludendorff-Gruppe Abmachungen mit Kahr gemacht worden seien, die dieser aber von vornherein abgelehnt habe. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß den Völkischen alles daran gelegen ist, vor allem Ludendorff unbelastet aus dem Prozeß herauszubringen. Aus diesem Grunde boten sie Kahr an, über seine Rolle im Bürgerbräukeller möglichst keine belastenden Aussagen zu machen, wenn der Generallandtagskommissar sich seinerseits bereit erklären würde, den General Ludendorff zu schonen.

Ueber die unmittelbaren Wirkungen der Veränderung der Machtverhältnisse in Bayern ist im Augenblick noch nichts bekannt. Es sich wäre eine Selbstverständlichkeit, daß mit dem Verschwinden Kahrns auch seine sämtlichen Verordnungen und Erlasse hinfällig würden. Man denkt hier zunächst an die Richtigkeitserklärung der Republikanergesetze für Bayern, wodurch die Aburteilung der Hochverräter vom 8. bis 9. November dem Staatsgerichtshof entzogen und u. a. auch dem Hochverräter Ehrhardt gestiftet wurde, auf den gegen ihn erlassenen Steckbrief zu pfeifen und seine dunklen Pläne in Bayern ungestört weiter zu verfolgen.

Mit Herrn v. Kahr als Generallandtagskommissar verschwindet

hat dasselbe Bauamt seit einem Vierteljahr verschleppt und so Arbeitsmöglichkeit für viele Handwerker und Arbeiter verhindert, Architekten und Bauherren geschädigt. Wir konstatieren also, daß ein Baupolizei, statt ihre Aufgabe in der Förderung des doniederliegenden Bauwesens zu erfüllen, sich als eine Polizei gegen das Bauen auswirkt, daß ein Bau, auf dem 40 bis 50 Arbeiter beschäftigt sind, viele Male rückwärts unterbrochen werden kann, die Arbeiter brotlos gemacht und auf die Straße geworfen werden können in einer Zeit des Tiefstands des gesamten Arbeitsmarkts, obwohl der Streikpunkt einzig und allein eine künstlerische Meinungsverschiedenheit ist, die bei einem einigermaßen entgegenkommenden Verfahren des städtischen Bauamts längst behoben sein könnte. Und wir fragen: Ist es mit dem Wesen eines modernen Staates, einer modernen Kommune vereinbar, daß in die Hand eines Beamten die absolute Entscheidung über die Ziele und Bahnen gelegt ist, in denen der künstlerische Wille einer neuen Generation zum Ausdruck kommen will? Näheren wir uns dann nicht dem Zustand einer angeblich überwundenen Epoche, wo der Wille eines Mannes genügt, um ganze Stadtteile nach seinem Geschmack zu verzerren oder zu verzerrieren?

Die zweite Tanzmatinee der Volksbühne.

Auf die höchste Kunst der Quitta kamt ließ die Volksbühne in ihrer zweiten Sonntagsmatinee im Theater am Blasenplatz jenseit der Gasse des modernen Langes zu Wort kommen, das die Deutsch-Russin Claudia Issaichenco mit ihrer Gruppe pflegt. Antike Plastik bildet den Ausgangs- und Aufnahmepunkt dieses Stils. Einzelgestalten und Gruppen anmutig und griechischer Bildwerke werden als Motive zu rhythmischen Bewegungen benutzt. Das Altgriechische und das Pantomimische des alten Balletts ist bis auf einige Reste ausgeschaltet. Der reine, abstrakte Tanz erscheint als Endziel. Aber die abstrakte Formensprache der rhythmischen Bewegung beschränkt sich hier überwiegend auf äußerlich sinnliche, dekorative Wirkungen, und das grundrhythmische Bestreben, jede Bewegung mit einem Mindestmaß von Energie auszuführen, gibt den Tänzen etwas Weiches, Spielerisches. Der Stil der Issaichenco verhält sich zu dem der Quitta nicht wie ein schöner Verfertiger zu einem modernen expressionistischen Gemälde. Er gestaltet große Arabesken, er erfreut das Auge, dringt aber nur selten bis zum Herzen.

Die Vorführungen selber brachten eine zweiseitige Enttäuschung. Zunächst fehlten im Programm die Bechmo-Tänze, das künstlerisch Wertvollste, was die Issaichenco-Gruppe zu bieten hat. An ihre Stelle traten ein paar Kummern, die nichts — wie der „Apollon“, die „Arztin“ und die „Fischer an der Wolga“ — ganz im äußerlich Pantomimischen stehen blieben, teils üblichen Varietécharakter trugen. Sodann mangelte den jugendlichen Tänzerinnen die naturmäßige, poetische Frische, die uns bei ihrem ersten Auftreten im Herbst entzückt hatte. Eine offensichtliche wohl von Ueberanstrengung herrührende Müdigkeit, die am Sonntag auf der Gruppe lastete, hatte nicht nur einige technische Entgleisungen zur Folge, sondern gab den Darbietungen oft etwas Automatenhaftes, Unlebendiges, Unbefriedigendes.

John Schifowski.

Proletarische Feiernstunden. Auch die geistige Veranstaltung stand wieder ganz unter dem Zeichen voller Hingabe an das künstlerische Werk und dankbarem Aufnehmen des Glückes einer Stunde voll Schönheit und Erhebung. Nachdem die einleitenden Orgelklänge ertönt waren, brachen die Gemeinschaft proletarischer Musikfreunde und der Gemächte Chor Groß-Beitern verschiedene Lieder. Am härtesten wirkte hier in seiner ergreifenden Schlichtheit: „Bruder, zur Sonne, zur Freiheit.“

In machtvoller Wirkung gestaltete dann Dietrich die Wiedergabe von Freiligraths „Die Lauen an die Lebenden“ und Herweghs „Bei und arbei“. Die Ansprache der Genossen Bohm-Schuch war abgestimmt auf den Ton erster Kampfbereitschaft und die Mahnung zum Ausschalten und Nichtmitbewerden, denn „wir stehen zwischen den Zeiten“. — Aber im endlichen Ausprechen ihres Glaubens an den Sieg der Idee fand sie die begehrteste Zustimmung auf der Tausende, die trotz einiger Miße des Abtats nie die Sehnsucht über sich selbst hinaus verloren haben.

Der Sprechchor brachte dann das Chorwerk „Wellenwende“ von Franz Rothensfelder zum Vortrage. Im gemeinsamen Gesänge des ewigen Sturm- und Kampfliedes fand die Feier ein würdiges Ende.

H. B.

Nationalistische Propaganda in der „Oper am Käseplatz“.

Ein Brief schreibt uns: Als Mitglied der Volksbühne hatte ich bereits im Großen Schauspielhaus Gelegenheit, den Vorabendmarkt unter den Klängen des Radegki-Marsches als Einzige im „Fizenerhoron“ gesehen zu dürfen. Ein noch größerer Genuß wurde am Sonntag, den 16. allen Republikanern in der „Oper am Käseplatz“ zuteil. In der Vorführung „Der Wessenschmied“ singt im 3. Akt Herr Das Helgerts das Lied „Auch ich war ein Jüngling“ usw. Als Zugabe gab die Oper nun einen Vers abzugeben zu müssen, der von „Deutschlands Schmach“, „Stunde der Vergeltung“ usw. „Dann kehrt du wieder, du künftige Zeit“ und andere schönen Traden glänzt. Seltsam ist nur, daß nicht statt des Beifalles von mindestens der Hälfte der Zuhörer ein Tränensturm entsetzt wurde. Bekanntlich steht der Volksbühne täglich dort ungezählte die Hälfte aller Plätze zur Verfügung. Dar sollte man etwa beabsichtigen, den Volksbühnenmitgliedern d. c. „Oper am Käseplatz“ zu verzeihen? In Zukunft wird man sich überartige Zugaben mit gebührender „Achtung“ zurückweisen.

Ein Anlaß für Diplomaten. In England erfreut sich ein Handbuch des guten Tons unter dem Titel „Don't“ (das darf man nicht) weiter Verbreitung. Nach dem Beispiel dieser Anstandslehre hat Sir Come Howard, der neue britische Botschafter in Washington, jetzt ein „Don't“ zum Gebrauch der Diplomaten zusammengestellt und herausgegeben. Unter den hier ertellten Ratschlägen befinden sich die folgenden: „Hüte dich stets, etwas zu schreiben oder zu sagen, was irgendeiner als Beleidigung auffassen könnte.“ — „Schreibe niemals, wenn du wütend oder ärgerlich bist, so berechtigt auch deine Wut und dein Verrger sein mag.“ — „Sorge dich nicht um die politische Fassung, die du prädestiniert ist und bleibe, daß du deine Gedanken klar und ungewidrig zum Ausdruck bringst.“

Heine-Ehrung in Paris. In dem Strichbaule Heinrich Heines in der Rotomontage in Paris soll eine Gedächtnisfeier anberaumt werden.

Zur Bekämpfung der Krebskrankheit hat die belgische Regierung einen Kredit von einer Million Franken zur Verfügung gestellt.

selbstverständlich auch der von ihm zusammengestellte Stab seiner engsten Mitarbeiter. Das sind ohne Einrechnung der Hilfskräfte etwa ein halbes Duzend Leute, darunter der schon erwähnte Presschef Schiedt, der Augsburger Rechtsrat Kleindienst, der ehemalige Oberstleutnant Forstner, sowie die Ministerialbeamten Kuffsch (bekannt durch seine Äußerung von dem vererbten und verkauften Berlin), Frenberg und Schuler; zu den mehr externen Mitarbeitern zählte auch der Syndikus der Münchener Akademie der Wissenschaften Alexander v. Müller.

München, 18. Februar. (WZ.) Die Vorgänge der letzten Stunden haben das bayerische Kabinett veranlaßt, nachmittags 5 1/2 Uhr zu einem Ministerrat zusammenzutreten, um sich mit der polnischen Lage zu beschäftigen.

Die Gerüchte über eine abermalige Vertagung des Hitler-Prozesses werden für vollständig unbegründet erklärt. Der Prozeß beginnt, wie schon angekündigt, am Dienstag, den 26. Februar. Die Anklage wird von dem Ersten Staatsanwalt Dr. Stenglein vertreten. Die Angeklagten haben sämtlich ihre Vertretung zum Prozeß erhalten.

Das Volksbegehren.

München, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das zahlenmäßige Resultat der beiden Volksbegehren liegt naturgemäß noch nicht endgültig vor. Bis Montagabend waren im Ministerium des Innern die Ergebnisse aus 42 Städten eingelaufen, die sich für das erste Volksbegehren (Auslösung des Landtags) auf 273 822 und für das zweite Volksbegehren (Veränderung der Verfassung) auf 246 742 Stimmen belaufen. Insgesamt müssen bekanntlich 800 000 Stimmen abgegeben werden, das sind etwa 20 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung Bayerns. Da die oben genannten Zahlen ungefähr diesen 20 Proz. entsprechen und in den Landgemeinden die Einzeichnung vielfach einen viel höheren Prozentsatz erreicht hat, so darf als sicher angenommen werden, daß die beiden Volksbegehren die notwendige Unterstützung für den Volkentscheid erhalten haben. Dieser äußere Erfolg, den kaum jemand bezweifelt hat, darf über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sich nur ein kleiner Bruchteil, etwas mehr als ein Fünftel der gesamten bayerischen Wählerschaft, hinter die Mehrheit des jetzigen Landtages stellte, die vier Jahre lang Bayern regiert hat.

Rupprechts Fahrt nach Holland.

Unter dem Schutze des Soldatenrats.

München, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Abgeordnete Genosse Saenger hatte in seiner großen Rede im Landtag festgesetzt, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht Ende November 1918 unter dem Schutze des Soldatenrates und der roten Flagge ohne die Genehmigung der Obersten Heeresleitung nach Holland gefahren sei. Da vom Kabinettschef des Kronprinzen diese Angaben als falsch bezeichnet worden sind, veröffentlicht die „Münchener Post“ am Montag den Bericht eines Ohren- und Augenzeugen über die Vorgänge, in dem es u. a. heißt:

„Zustand ist und bleibt, daß der Zentral-Soldatenrat in Brüssel es abgelehnt hat, Rupprecht flüchten zu lassen. Er hat verlangt, daß dieser seine Pflicht als Soldat weiter erfülle. Darauf hat sich Rupprecht unter dem Schutze des spanischen Gesandten in Brüssel, Marquis de Villalover, gestellt, um mit dessen Hilfe nach Holland flüchten zu können. Dem spanischen Gesandten ist diese Unterstützung der Flucht des Kronprinzen vom Zentral-Soldatenrat genehmigt worden, weil als Gegenleistung der spanische Botschafter sich bereit erklärte, zur Beruhigung des belgischen Heeres nach Gent zu fahren, was er auch getan und von dem Erfolg dem Soldatenrat Mitteilung gemacht hat. Ein bayerischer Offizier und ein Matrose des Soldatenrats sind mit roter Armbinde bis zur holländischen Grenze mitgefahren, dort hat sich Rupprecht mit herzlichem Dank und handtuchend von dem roten Offizier verabschiedet. Der damalige deutsche Gesandte in Brüssel, von der Bank, hat über die Vorgänge der Flucht Rupprechts einen aus-

Prozeß George Croft.

Die wahre Kunst sei elegant und schmeckel! Auch Rafftheit, etwas listern und geistig. Macht Spaß. Doch offenbart sie den Defekt Der Menschheit, regnet die in die Subtilis

Justitia, die soll Zorn das Impudike Mit stülchem Normalmaßstab entdeckt. Das Kind bespeit den Brä, der ihm nicht schmeckt. Und du wirst von Herrn Einmingers Fabrike,

Weil freudlos du den runden Punkt berührt Und verzollig dein Zeitalter belächelt, Verknacht und heine Pinselei vernichtet.

Gebt dem Normalgefühl, was ihm gebührt! Sein Künstler wird von der Justiz berührt, Solange er für den „Junggelehrten“ dichtet! Mich von Lindenheiden.

Rundfunk rund um die Welt. Die Möglichkeiten, mit Hilfe der drahtlosen Telephonie sich rund um die ganze Welt verständlich zu machen, rücken in greifbare Nähe. Die englische Ingenieure behaupten, wird es bald so weit sein, daß man mit Überwindung der atmosphärischen Hindernisse sich auch den Antipoden verständlich machen kann. Schon jetzt besteht die Tatsache, daß Kalifornien durch Rundfunk mit Australien und New York mit Kalifornien in Verbindung treten kann. Verdun kann mit New York sprechen, und auf diese Weise läßt sich eine Verbindung schaffen zwischen London und Australien über New York und Kalifornien. Vorläufig ist das freilich noch nicht möglich, aber man hofft, durch Verbesserung der Apparate wenigstens bereits bald so weit zu sein.

Es gibt kein Ruhland mehr! Das russische Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat ein sämtliche diplomatische Vertretungen in Moskau eine offizielle Note mit der Bitte gerichtet, die Besetzung „Ruhland“ sein zu lassen und sie durch den Namen „Land der sozialistischen Sowjetrepubliken“ (S. S. S. R.) zu ersetzen.

Die Akademie der Künste, eine Generalversammlung und letzter Scherz der Staatlichen Kunstakademie, veranstaltet in den Räumen der Akademie des Hofes am 20. d. M. einen öffentlichen Gesellschaftsabend im Rahmen einer Reklamemesse, um den jüngeren Schülern Gelegenheit zur Ausübung von Reklamewerben einen Stützpunkt zu geben. Gleichzeitig steht sie ihnen dadurch eine Ortsgemeinschaft. Es entspricht den Forderungen der K. K. M., durch Schaffung von Arbeitsverhältnissen und auch ein Erwerbseinkommen soziale Hilfeleistung für vollendete Künstler zu bewirken. Sekretariat Kaiserhof, Straße 93, Ecke Ankerstraße, 675.

Geht über Lenin. Maxim Gorki, der noch in Paris lebend, erregt in einem Artikel, daß er eine Arbeit über Lenin fertiggestellt. Die Arbeit wird sich in Paris und nachher in Moskau veröffentlichen werden.

Das verfallene Königsgrab. Nach einer Reiter-Reidung aus Luzor wurde dem Keller der Kaiserin Wilhelms Grabmal, das von der deutschen Regierung verweigert, doch niemand, wer er auch ist, zum Grab zugelassen werden sollte. — Da Gaster nach langjähriger Arbeit das Grab erschlossen hat, ist die Welt mit ihm unzufrieden. Die deutsche Regierung sollte sich darauf beschränken, daß dieselbe, nur neugierige Reifegrübel von dieser wie anderen Stellen fernzuhalten.

fürlichen Bericht an die Regierung nach Berlin gesandt. Wenn Rupprecht und seine Freunde Wert darauf legen, so sind wir bereit, diesen Bericht in einer der nächsten Nummern zu veröffentlichen.

Rosbach in Wien verhaftet.

Wien, 18. Februar. (WZ.) In der Nacht zum 18. Februar wurde der von der Staatsanwaltschaft in München wegen Hochverrats festlich verfolgte Oberleutnant Gerhard Rosbach verhaftet, der letzten unter Benutzung eines falschen Reisepasses nach Wien gekommen war. Er wird nach Abschluß der polizeilichen Erhebungen wegen der stiefbrüchigen Verfolgung und wegen der Benutzung falscher Ausweispapiere beim Landesgericht eingeliefert werden.

Der Polizei war die Anwesenheit eines angeblichen Delegierten Richter aus Deutschland bekannt. Dieser wurde bei Beendigung der Konferenz angehalten und überführt, daß er trotz des auf Richtigkeit lautenden Passes, der Oberleutnant Rosbach sei. Bei seiner Vernehmung gab Rosbach an, daß er sich nur für einige wenige Tage hier aufhalten wolle, um Wien kennenzulernen, ferner die Auflösung (!) einer Organisation von jungen Leuten durchzuführen, die gegen seinen Wunsch keinen Namen führe. In der Konferenz habe er teilgenommen, da ihm die hiesige nationalsozialistische Bewegung interessiere.

Die Tagung der Internationale.

Luxemburg, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale beendete am Sonntagabend nach eingehender Debatte ihre zweitägigen Beratungen. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution über die politische Lage, den Achtstundentag und die mit der Anerkennung Sowjetrußlands durch England zusammenhängenden Fragen. Ferner wurde die durch den Eintritt englischer Mitglieder der Exekutive in das englische Kabinett geschaffene Lage durch die Nennung von Allen, Cramp und Cameron als englische Mitglieder der Exekutive geregelt. Als Mitglieder der Geschäftskommission wurden Brailsford, Buzon, Frau Bell und als Kassierer Wallhead bestimmt. Tom Shaw wurde einstimmig der Dank für seine Tätigkeit als Sekretär, die er seit Inkrafttreten der Arbeitsministerien verleiht hat, ausgesprochen. Ueber die von einigen Parteien aufgeworfene Frage der Verlegung des Sekretariats von London nach einer anderen Stadt wurde die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung der Exekutive verschoben. Diese Sitzung ist zu Pfingsten in Wien geplant.

Pfalzfrage und Reparationen.

Erklärungen Macdonalds.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus beantwortete Macdonald die Anfrage wegen der Korrespondenz zwischen England, Frankreich und Belgien über die Pfalzfrage dahin, daß den Repräsentanten der drei Regierungen in Koblenz (Rheinlandkommission) die Verfügung anvertraut sei. Die normale Verwaltung der Pfalz soll schrittweise wiederhergestellt werden. Die Entwaffnung aller Personen, die unbewehrt Waffen tragen, sei beschlossen. Zur Durchführung dieser Maßnahme habe die Rheinlandkommission eine internationalisierte Delegation ernannt, die mit den pfälzischen Lokalbehörden zusammenarbeiten soll.

Meerfelds Londoner Eindrücke.

Köln, 18. Februar. (WZ.) Reichstagsabg. Meerfeld ist von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. Er berichtet über seine dort gesammelten Eindrücke in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zig.“ u. a.: Macdonald hat sich veranlaßt gesehen, Poincaré nicht dadurch zu verstimmen, daß er Vertreter des Rheinlandes eine offizielle Unterredung gewährte. Wir konnten aber mehrere Minister sprechen und hatten Gelegenheit, vor einem ausgewählten Kreise von Abgeordneten und Führern der Labour Party zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Der hervorsteckendste Eindruck bei allen diesen Besprechungen war, daß im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen der Engländer die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sowie die von Frankreich sehr geschickt behandelte Frage der Sicherungen im Rheinland stehen. Ueber beide Fragen haben wir selbstverständlich mit aller Offenheit gesprochen und den deutschen Standpunkt begründet. Daneben wurden noch eine Menge anderer Dinge besprochen, so die Frage der etwaigen Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein, die Frage der Besetzungsteilungen, der deutschen Zahlungsfähigkeit, des Sonderbündnisses, der politischen Gefahren im Rheinland. Auch hier ist zu betonen, daß die Engländer die Dinge eben englisch sehen, aber dennoch durchaus reges Interesse für unsere Auffassung bekundeten und durch entsprechende Fragestellung ihr Wissen zu vertiefen suchten. Alles in allem konnten wir von London mit dem Bewußtsein scheiden, keine vergebliche Reise gemacht zu haben.

60 Verhaftungen in Virmasens.

Virmasens, 18. Februar. (WZ.) Von den Franzosen sind bisher, so weit wir erfahren, 60 Personen verhaftet worden, darunter u. a. die beiden Besitzer der „Virmasenser Zeitung“, Amtsgeschäftsräsident Müller, Verlagsleiter Dr. Goettel, mehrere Polizeibeamte und andere Bürger. Die Polizei ist von den Franzosen entworfen worden, muß aber in Begleitung von Marokkanern Streikdienst tun.

Die Sachverständigenarbeit.

Paris, 18. Februar. (WZ.) Der erste Sachverständigenausschuß hat heute die Besprechung der Berliner Ergebnisse begonnen und beschloß, die Errichtung der Eisenbahnfrage einer Kommission zu übertragen, welche sich auch mit der Währungs- und Bankfrage befassen soll. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute nachmittag über die Goldnotenbank gebürt werden. Der zweite Sachverständigenausschuß hat heute von den Privatbeamten mehrerer seiner Mitglieder Kenntnis angenommen. Ferner hat er die von den Währungsbeauftragten vorgeschlagenen Unterhandlungen über die im Ausland befindlichen deutschen Kapitalien einer Prüfung unterzogen. Dieser Ausschuß wird morgen wieder zusammentreten.

Letzte Nachrichten.

Wieder ein Frauenmord in Berlin.

Gestern nachmittag wurde die Witwe Kühne in Berlin, Wernichener Str. 14, ermordet aufgefunden. Der Sohn fand die alte Frau im Wohnzimmer auf einem Sofa liegend mit eingestochenen Schlädel tot vor. Die verlässlichen Ermittlungen der Mordkommission ergaben, daß als wahrscheinlicher Täter der Schwiegerohn Walter Böhme in Frage kommt, der mit der Tochter der Frau Kühne verheiratet ist, aber von ihr getrennt lebt. Böhme hatte gestern nachmittag auf dem Gelände des Kronenhausens Moabit verurteilt zu erscheinen. Er ist besinnungslos und schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Kassel, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Nach der Begrüßungsfeier in der Stadthalle am Sonntagabend wurde am Montagvormittag um 9 Uhr die Tagung offiziell durch eine Ansprache des Genossen Haupt von der Ortsleitung und im Namen des Verbandsvorstandes eröffnet. Der Vorsitzende Dismann dankte den Kasseler Genossen für die vorzügliche Vorbereitung und gedachte der vielen Toten, die der Verband im verwichenen Jahre zu betrauern gehabt habe. Auch zweier großer Toten müsse man gedenken, die zwar nicht dem Verband angehörten, aber großes für die Arbeiterbewegung geleistet hätten: Plannschuch und Lenin.

Dann gab Dismann einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage der Gegenwart.

Zwei Lichtblicke seien vorhanden: die Anerkennung der Sowjetmacht durch die auswärtigen Staaten und die Ergreifung der Macht durch die englische Arbeiterpartei. Diese Lichtblicke müßten die deutschen Arbeiter anzuregen, auch in Deutschland vorwärts zu kommen. Allerdings könnten die furchtbaren Folgen der wirtschaftlichen Krise auf der Arbeiterschaft, und die Unternehmern suchen sie auszunutzen zur Unterdrückung der Arbeiter, während die Bourgeoisie die politische Diktatur anstrebe. Für die vom Hunger Aufgepeitschten habe man nur Pulver und Blei übrig. Gegen Bayern, den Hort der Reaktion, habe die Reichsregierung keinen Schritt zu tun gewagt; in Sachsen und Thüringen habe die Reichswehr in einer Weise gehaust, die man den deutschen Arbeitern nicht mehr besonders vor Augen führen brauche. Der Verband protestierte gegen jedes Parteiverbot, auch gegen das Verbot der kommunistischen Partei. Nach links habe es ungeheure Strafen, nach rechts geschähe nichts. So lange die Kraft des Metallarbeiterverbandes reiche, werde er hinter den kämpfenden Kollegen im Lande stehen und nie zugeben, daß das Unternehmertum die Arbeiterschaft zu Sklaven mache. Dismann sprach dann den internationalen

Bruderverbänden Dank für die geleistete Hilfe

aus. Die deutschen Metallarbeiter hofften, es bald weitmachen zu können. Die aus den skandinavischen Ländern, aus Dänemark, Ungarn, Holland und eingetroffenen Gäste bewährte der Vorsitzende mit warmen Worten, ebenso die Gäste der anderen deutschen Verbände. Nicht nur die Metallarbeiter, sondern die deutschen und internationalen Arbeiter schauten auf die Verbandstagung und vor allem die Feinde der Arbeiter. Dies dürfe bei den Verhandlungen nicht vergessen werden, auch wenn in der Debatte die Gegensätze aufeinanderprallen sollten, es müsse

das Einigende über das Trennende

gefehlt werden, die geschlossene Kampffront der Arbeiterschaft müsse erhalten bleiben und gefestigt werden.

Damit erklärte Dismann den Verbandstag für eröffnet. Zunächst wurde die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Sieraus begrüßte Oberbürgermeister Scheidemann den Verbandstag im Namen der Stadt Kassel und mahnte ebenfalls zur Einigkeit innerhalb der Arbeiterschaft. Die Kommunisten hatten aber, als Dismann Scheidemann das Wort erteilte, den Saal geschlossen verlassen. Nach der Begrüßung des Kongresses durch die auswärtigen Gäste wurden zu Vorsitzenden der Reichsleitung vom Vorstand, Haupt-Kassel und Weber-Solingen gewählt. Auch die Wahl der Schriftführer und der Kommissionen vollzog sich glatt.

Nachmittagsführung.

Der Verbandsvorsitzende Dismann gab zum Geschäftsbericht zunächst einen Überblick über die politischen Verhältnisse der vergangenen Jahre, die den gewerkschaftlichen Organisationen die Freiheit des Handelns wesentlich eingeschränkt hätten. Eingehend reichte der Redner dann ein Bild der gewaltigen Kapitalkonzentration. Das Großkapital als Saboteur der Erfüllungspolitik bemühe sich mit allen Kräften dem Staat seinen Willen aufzuzwingen. Die Arbeiterschaft müsse von ihren Klassengegnern lernen, wie man planmäßig und mit Erfolg seine Interessen wahrnimmt. (Sehr richtig!) Dem Kampf gegen den Achtstundentag widmete Dismann eine eingehende Besprechung. In vielen Industrien sei der Nachweis erbracht, daß in der Nachkriegszeit die Produktionshöhe der Vorkriegszeit zum Teil erreicht, zum Teil sogar übergriffen sei. Trotzdem die

Bearbeitung der Oeffentlichkeit für die „Hebung der Produktion“

durch Verlängerung der Arbeitszeit! Die kapitalistische Beeinflussung der Oeffentlichkeit werde leider zu einem großen Teil auch durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter unerrichtet, dadurch, daß sie die kapitalistische Presse abonnieren. Auf kommunalistische Zwischenrufe betonte Dismann, daß er von jedem Arbeiter verlange, daß er nicht irgend eine bürgerliche Zeitung, sondern die Arbeiterpresse lese. (Allgemeine Zustimmung.) Auf dem Gebiete des Bildungswesens habe der Verbandvorsitzende getan, was in seinen Kräften stand. Im ADGB habe der Vorstand mit allem Nachdruck die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen vertreten. Das Problem der Wirtschaftspolitik und der Erwerbslosigkeit könne nicht durch große „Aktionen“ gelöst werden. Durch das Aufstellen von Hinenden Forderungen, „Erreichung der Erwerbstätigen in den „Produktionsprozeß“ werde keinem Erwerbslosen geholfen. Nicht nur im Verband, sondern auch in den Parlamenten hätten die Vertreter des Metallarbeiterverbandes dahin gedrängt, daß die Unterstichung besser ausgebaut würde. Wichtiger als alle Unterstichungen sei

die Beschaffung von Arbeit.

Deshalb habe der Vorstand auch alle Mittel ergriffen, die zur Beschaffung von Arbeitsstellen zweckmäßig erschienen. — Zur innergewerkschaftlichen Tätigkeit des Verbandes übergehend, stellte der Redner fest, daß in den letzten Jahren alle Verbandsfunktionäre bis zum letzten Mann angestrengt tätig waren, um den Wirkungen der Inflation einigermaßen nachzukommen. Die Versuche, zentrale Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, seien gescheitert. Infolge der besonderen Verhältnisse sei es auch zweifelhaft, ob man mit zentralen Verhandlungen besser laufe. Dem Kampf um wertständige Löhne durch die Berliner Metallarbeiter und dem hinterhältigen Treiben der Metallindustriellen widmete Dismann eine eingehende Darstellung. Bei der

Besprechung der Nebenverträge

betonte Dismann, es sei für die deutsche Arbeiterschaft verhängnisvoll gewesen, daß die Bergarbeiter der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt habe. Die Folge sei das gleiche Verhalten der Berliner Metallindustriellen gewesen. Dismann schloß die Verhandlungen, in denen die Vertreter des Metallarbeiterverbandes sich gegen die Verlängerung gewehrt haben. Wenn behauptet worden sei, der Vorstand habe den Kollegen etwas anderes empfohlen, so sei das falsch. Eine geradezu traurige Rolle hätten bei dieser Gelegenheit die christlichen und kirchlichen Dunderschen Gewerkschaften gespielt. (Zurufe: Du hast selbst den Kampf abgemurrt!) Dismann antwortete dem Zwischenrufer treffend und führte an der Hand reichen Materials den Beweis für seine Behauptung. Durch den Verrat der Christen und kirchlichen sei im Ruhrbecken die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden verlängert und zugleich der Lohn gekürzt worden. Hinzu kam noch, daß den Metallarbeitern die Erwerbslosenunterstützung entzogen wurde, um sie den Unternehmern gefügig zu machen. Bei der Schilderung der Kämpfe der Metallarbeiter kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. (Die Verhandlungen dauern fort.)

Gewerkschaftsbewegung

Das Ferngericht der Tabakfabrikanten.

Durch falschen Verdacht brotlos gemacht.

Arbeiter, die mit der Herstellung von Genussmitteln beschäftigt sind, kommen wohl gelegentlich in Versuchung, sich von den durch ihre Hände gehenden Waren eine Kleinigkeit für den eigenen Bedarf anzueignen. Das ist natürlich nicht zu billigen, aber zu verstehen, namentlich in einer Zeit, wo die Löhne kaum ausreichen, um den allernotwendigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Unterliegt ein Arbeiter unter solchen Umständen der Versuchung und nimmt etwas mit, so hat er sich ohne Frage des Diebstahls schuldig gemacht. Kommt er deswegen vor das Strafgericht, so werden die Richter wohl einen solchen Fall mit einer geringen Strafe belegen, sie werden dem Verurteilten vielleicht eine Bewährungsfrist gewähren, die ihm bei guter Führung den Erlaß der Strafe sichert. Unternehmer aber, die durch keine Gelegenheitsdiebstähle geschädigt werden, kennen solche Rücksicht nicht.

In der Berliner Tabakindustrie — vielleicht auch anderwärts — ist es Usus, daß Materialdiebstähle von Arbeitern nicht dem Strafgericht angezeigt, sondern von den Unternehmern selbst abgeurteilt und mit einer Strafe geahndet werden, deren Wirkung für den Verurteilten viel schwerer ist als die im Strafgesetzbuch für leichte Diebstähle festgesetzte Strafe. Wenn der Dieb von dem bestohlenen Fabrikanten entlassen wird, so läßt sich nichts dagegen einwenden. Aber er bekommt einen

Entlassungsschein, der eine Brandmarke darstellt.

Einen Schein, der zwar die Entlassungsursache nicht ausdrücklich angibt, der aber so abgefaßt ist, daß jeder Eingeweihte den Entlassungsgrund sofort erkennt. Mit diesem Brandmal in der Hand ist es dem Arbeiter unmöglich gemacht, in irgendeinem Betriebe des ganzen Industriezweiges wieder Arbeit zu finden. Kein Fabrikant stellt ihn ein. Die Existenz des Arbeiters ist wegen eines einzigen Fehltritts vernichtet.

Wenn die Tabakfabrikanten es für nötig halten, durch solche drastischen Strafmaßnahmen sich gegen Diebstahl zu schützen, dann sollte man aber erwarten, daß der Verhängung der furchtbaren Strafe eine Untersuchung und einwandfreie Feststellung des Tatbestandes vorausgeht, und daß nicht Unschuldige zum Hungern verurteilt werden. Das ist aber nicht immer der Fall. In einer Angelegenheit, die kürzlich vor dem Berliner Gewerbegericht verhandelt wurde, stellte sich heraus, daß zwei Zigarettenarbeiterinnen auf einen bloßen und zwar völlig unbegründeten Verdacht hin vom Fabrikanten zur Existenzlosigkeit verurteilt worden sind.

Es handelt sich um die Zigarettenfabrik *Walfahrt*. Dort wurden vier Arbeiterinnen zur körperlichen Visitation beordert. Man fand nichts bei ihnen. Aber als sie fortgegangen waren, entdeckte man an der Stelle, wo sie, ehe die Visitation vorgenommen wurde, kurze Zeit warten mußten, vier Päckchen Zigaretten hinter Kisten versteckt. Der Fabrikant folgte: Vier Päckchen, vier Arbeiterinnen, also hatte jede ein Päckchen gefahren. Die vier Arbeiterinnen wurden entlassen und bekamen den ominösen Entlassungsschein, der ihnen

sämtliche Fabriken verschloß.

Zwei von den Entlassenen, die sich keines Diebstahls schuldig fühlten, klagten beim Gewerbegericht Berlin auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Auch vor Gericht blieb der Vertreter der Firma dabei, daß jede der Entlassenen ein Päckchen Zigaretten gestohlen haben müsse. Er wollte das beweisen durch das Zeugnis der anderen zwei Entlassenen, die nicht geklagt, sondern ihre Entlassung widerstandslos hingenommen hatten. Die Zeugnisaussagen seien aber zugunsten der Klägerinnen aus, denn die beiden Zeuginnen nahmen die Entwendung von zusammen drei Päckchen auf sich, während die Herkunft des vierten Päckchens unauflösbar blieb. Unter diesen Umständen hielt das Gericht die Entlassung der Klägerinnen für ungerechtfertigt und verurteilte die Firma zur Wiedereinstellung oder Zahlung des geforderten Schadenersatzes.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus muß die Aufklärung der Mitglieder auch weiterhin mit allem Nachdruck so weit gefördert werden, daß kein Beschäftigter irgend etwas aus dem Betriebe an sich nimmt, das ihm nicht gehört. Die übliche Gewohnheit des Gegenteils kommt nicht aus der Zeit, in der die große Mehrzahl der Arbeiterschaft unorganisiert war und durch derartige „Selbsthilfe“ ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern suchte. Der Krieg, in dem die ganze Welt requiriert werden sollte, was nicht nied- und nothgedrungen, hat die Moralbegriffe in erschreckender Weise verwildert. Inzwischen sind diese Kriegsfolgen in der Hauptsache überwunden und nur die letzten Reste noch zu überwinden. Der einzelne Arbeiter, die einzelne Arbeiterin dürfen nicht ihre wirtschaftliche Existenz und die Position ihrer Gewerkschaft durch Bagatellden gefährden. Die Gewerkschaften müssen es selbstverständlich ablehnen, für gedankenlose Handlungen leichtsinniger Personen verantwortlich gemacht zu werden. Das hindert sie jedoch nicht, erzieherisch zu wirken, um endlich einmal die Unterlassung der entwürdigenden Visitationen zu erreichen. Es muß alles unterbleiben, was irgend wie die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erschwert, dafür aber alles darangesetzt werden, was sie fördert.

Streik im Großhandel.

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels hat zum 1. Februar das Lohnabkommen für die Handelsarbeiter der dort angeschlossenen Branchen gekündigt. Während ein Teil der Branchen die für Januar vereinbarten Sätze auch für den Monat Februar auszahlte, hatten die Arbeitgeber der mit der unangenehmsten und schwersten Arbeit betrauten Arbeitskräfte in den Branchen Öle und Fette, Düng, Altmittel, Futtermittel und Kolonialwaren eine Lohnkürzung von 3 Mark pro Woche selbstherrlich vorgenommen. Nur mit Mühe waren die Arbeitskräfte bei diesem Lohnbetrug in den Betrieben

zu halten. Nachdem nunmehr aber auch der Schlichtungsausschuß den Abbaugesüßen der Arbeitgeber Rechnung trug und durch Schiedsspruch den Lohn reduzierte, war ein Streikbeschuß in den Branchen Öle und Fette sowie Düng nicht mehr zu verhindern. Einstimmig wurde beschlossen, heute die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. In den übrigen Branchen steht der Beschluß noch aus. Wir erwarten, daß diesen Arbeitern in ihrem Existenzkampf die Solidarität aller übrigen Arbeitsträfte zuteil wird.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

„Betriebsräte als Spitzel.“

Der Hauptbetriebsrat der Wasserstraßenabteilung im Reichsverkehrsministerium hat unterm 3. Dezember v. J. ein Rundschreiben an die Bezirks- und örtlichen Betriebsräte gerichtet mit der Frage, wie viele Beamte bei der Dienststelle beschäftigt sind, welche Beschäftigung sie haben, welche Fähigkeiten und welches Interesse für den Betrieb, wie viele Arbeiter und Angestellte dem einzelnen Beamten gegenüberstehen und welche Beamte die ihnen obliegenden Arbeiten von Angestellten oder Arbeitern verrichten lassen, weil sie zu bequem oder unfähig sind.

Die „D.Z.“ veröffentlichte dieses Rundschreiben in ihrer Abendausgabe vom 11. Februar unter obiger Aufschrift und dem Untertitel: „Nachhilfe“ beim Beamtenabbau. Das besonders arbeiterfreundliche *Wochenblatt* knüpfte an das Schreiben die Bemerkung, es sei interessant, „dergestalt Tätigkeit und Ziele einer Institution bloßgestellt zu sehen, die vom Staate bezahlte Arbeitskraft, Amtszimmer und Dienstmittel in erheblichem Umfang beanspruche. Der sogenannte Hauptbetriebsrat hat daraufhin der „D.Z.“ unterm 12. Februar eine Berichtigung zugehen lassen, die diese sicherlich nicht veröffentlicht wird.

Der Hauptbetriebsrat führt darin aus, daß bereits 50 Proz. der Wasserbauarbeiter entlassen sind, hierunter Arbeiter, die 20, 30 und 40 Jahre im Dienste des Staates und des Reiches standen. Ferner, daß 30 Proz. der beschäftigten Wasserbauarbeiter nur an zwei oder drei Tagen in der Woche zurarbeiteten, daß aber von Beamtenorganisationen gefordert wird, erst sämtliche Arbeiter und Angestellte zu entlassen, bevor Beamte abgebaut werden.

Hauptbetriebsrat und Betriebsräte mußten sich gegen die rigorosen Entlassungen und die Stilllegung der Arbeiten wehren, da sie die Wasserstraßen und ihre Anlagen und damit die Schifffahrt gefährdeten.

Das Rundschreiben hatte den Zweck, die Bezirks- und die örtlichen Betriebsräte zu veranlassen, für die allgemein gehaltenen Behauptungen in ihren Berichten bestimmte Unterlagen zu bringen, wozu sie ohne weiteres in der Lage sind, da in der Reichswasserstraßenverwaltung die jahrelange Zusammenarbeit von Arbeitern, Angestellten und Beamten eine genaue Uebersicht über dienstliche Leistungen und Tätigkeiten sehr wohl möglich ist.

Daß von der Absicht einer „Nachhilfe“ beim Beamtenabbau keine Rede sein kann, dafür verweist der Hauptbetriebsrat treffend auf die Tatsache, daß er auf die Abbaustellen keinen Einfluß hat, wie ihn etwa die der „D.Z.“ finanziell nahestehenden Kreise haben. Seine Tätigkeit führt er auf die Bestimmung, daß er auch für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes mitzureden hat. Wirtschaftlich aber ist bestimmt nicht, wenn der größere Teil der Arbeiter und Angestellten, der produktive Faktor des Betriebes, ausgeschaltet wird, der Verwaltungsapparat jedoch samt den aufsichtführenden Beamten über nicht mehr vorhandene Arbeitskräfte in vollem Umfang behält. Aufsicht ist überflüssig, wo nichts mehr zu beaufsichtigen ist. Mit der Betriebsdemokratie halten es die Arbeiter und Angestellten für unvereinbar, wenn lediglich sie allein von dem Abbau betroffen werden.

Arbeitszeitkämpfe in Sachsen.

Der sächsische Textilarbeiterverband hat noch der *Abc-Korrespondenz* den Schiedsspruch des Schlichters, der die 53 stündige Arbeitszeit festsetzt, angenommen. Dagegen traten nun den Leipziger Betrieben bisher zwei der größten in den Streik, während in anderen Betrieben von den Radikalen eine lebhafte Propaganda für die Streikabstimmung getrieben wird.

Seit Ende voriger Woche sind sämtliche Hüttenwerke im Freistaate Sachsen stillgelegt. Rund 10000 Arbeiter wurden ausgesperrt, weil sie die im Schiedsspruch festgelegte Zehnstundenarbeit abgelehnt haben.

Um die Arbeitszeit auf den Seeschiffswerften.

In Kiel droht die Schließung sämtlicher Werften für Mittwoh. Die Kieler Werftarbeiter lehnte den neunstündigen Arbeitstag ab, während die Arbeitgeber an dieser Forderung unbedingt festhalten. Durch die Schließung der Betriebe werden über 10000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Einigungsversuche

zwischen den Arbeitern und der Direktion der Germania-Werft, die ihre Arbeiter schon am 4. Februar aus demselben Grunde ausgesperrt, sind bereits im Gange.

In Hamburg wurde in einer Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Werftarbeiter eine Entschiedenheit angenommen, in der es u. a. heißt: Die Versammelten beschließen, daß, falls die Werftarbeiter durch Anschlag an den Arbeitsstellen eine längere Arbeitszeit wie bisher beizubehalten sollen, sie diesem Verlangen nicht Folge leisten werden, sondern zur gebotenen Stunde den Betrieb verlassen werden. — Wie sich die Unternehmer zu diesem Entschluß der Arbeitergesellschaft stellen werden, steht noch nicht fest. Anzunehmen ist, daß, falls die zurzeit stattfindenden Schlichtungsverhandlungen scheitern sollten, eine allgemeine Aussperrung erfolgen dürfte.

Solidarität im Wiener Bankbeamtenstreik.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, befindet sich die Anwohnergesellschaft nachfolgender vier Wiener Großbanken, Anglo-Bank, Depositionsbank, Union-Bank, Verkehrsbank seit Montag früh im Arbeitsstreik gegen den Versuch des Bankenvorstandes, die bestehenden Arbeitsbedingungen zu verschärfen. Der österreichische Bankenvorstand droht mit der Aussperrung der Bankangestellten der übrigen Bankbetriebe. Sämtliche deutschen Bankangestelltemorganisationen haben deshalb zur Unterstützung ihrer österreichischen Kollegen die Sperre über alle österreichischen Bankplätze verhängt. Kein reichsdeutscher Bankangestellter darf daher während der Dauer des Konfliktes eine Stellung in einem österreichischen Bankbetriebe annehmen.

Die Wiener Bankbeamten haben das ihnen erstellte Ultimatum der Großbanken, heute die Arbeit wieder aufzunehmen, damit beantwortet, daß sie den Streik auch auf die Nationalbank ausdehnen.

Der englische Dockarbeiterstreik.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Londoner Hafen ist der Dockarbeiterstreik im vollen Gange, jedoch konnten durch Arbeitswillige 27 Schiffe ausgeladen bzw. geladen werden. Der Arbeitsminister Tom Shaw war den ganzen Tag über bemüht, eine Einigung herbeizuführen. Er war im Kontakt mit Vertretern sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer und im Laufe der Abendstunden findet eine weitere Besprechung bei ihm statt. Shaw hat indes bereits eine wichtige Maßnahme getroffen. Wie er im Unterhause mitteilte, hat er beschlossene, einen Untersuchungsausschuß zwecks Feststellung der Ursachen des Streiks einberufen. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses, der keine Tätigkeit sofort in Antritt nimmt, ist ein bekannter Jurist Holman Gregory von ihm bestimmt worden. Indessen erweist die Regierung alle möglichen Maßnahmen, um die durch den Streik gefährdete Lebensmittelversorgung zu sichern. Dies wurde ebenfalls in der Unterhausdebatte vom Ministerpräsidenten MacDonald mitgeteilt. Er erklärte, daß die Regierung bereits den Kern einer Organisation zu diesem Zweck gebildet hat.

Die Dienstaufsicht der Berliner Gewerkschaften vom 6. Februar wird morgen, Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht: Die Zerstörungsschritte der Kommunisten in den Gewerkschaften. Einladung und Delegiertenliste sind zur Verfügung mitzubringen. Die Delegierten werden um pünktliches Erscheinen ersucht. Kein Delegierter der Gewerkschaftskommission, kein Unterkommis-sionsvertreter darf fehlen!

Die Bergarbeiterverbände im Saarrevier haben den Tarifvertrag mit der (französischen) Bergverwaltung gekündigt, da diese abgelehnt hat, die Löhne der Bergarbeiter trotz der Inflationssteigerung zu erhöhen.

Der Streik der Metallarbeiter in Genf dauert an. Nur einige Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, die verlangten 5 Proz. Lohn-erhöhung zu zahlen. Die Zahl der Streikenden beträgt 6000.

WAG-Transformatorfabrik Oberkochen. Morgen (Mittwoch) nachmittags 3 1/2 Uhr Schließung an die Aussperrten. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

WAG-Transformatorfabrik Oberkochen. Montag (Mittwoch) abends 7 Uhr in den Ruffertstr. Kaiser-Wilhelm-Str. 11 (Großer Saal). Einladung zu der durch die Kündung der Betriebsleitervereinbarung für die Angestellten der Metallindustrie geschaffenen Situation. Wichtiges Material wird in der Vertikale mitgegeben. Jeder Betrieb muß dabei unbedingt vertreten sein. Das WAG-Metallrevier versammelt sich um 1/2 Uhr zu einer Besprechung im gleichen Saal. WAG-Metallrevier: Sänther, Kaiser, Räder.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. G. Groß Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Reuter; Feuilleton: R. H. Böcher; Hofleben und Sonstiges: Felix Karst; Anzeigen: H. Glode; Künstlich in Berlin. Verlag: Bornharts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Dienst 1. Seilage.

Nährstoffs-Makronen (Rezept Nr. 7)

Dieses feine Backwerk, das sich ebenso vorzüglich als süßer Nach-tisch wie als Gebäck zu Kaffee, Tee oder Schokolade eignet, wird folgendermaßen bereitet. Man schlägt 3 Eiweiß steif, mengt 300 g Zucker — am besten Vanillezucker —, 1/2 abgeriebene Zitrone und etwa ein halbes Paket Nährstoffs leicht durcheinander. Von dieser Masse legt man mit einem Löffel kleine Häufchen auf ein mit Butter bestrichenes und mit Mehl bepudertes Kuchenblech. Dann bäckt man die Makronen etwa 20 Minuten bei mäßiger Hitze.

Bedenken Sie immer, daß jede einzelne der leichteren, lockeren, goldbraunen Platten einen hohen Nähr- und Genusswert hat, der sich in jedem mit Nährstoffs bereitetem Gericht zu einer nährreichen, unverdaulichen Mahlzeit verbindet, die vorzüglich schmeckt, gut verdaulich und wenig kostet.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Nährstoffs-Rezeptbuch gratis verlangen.

- Virginia 3
- Prinzess Pryka 3
- Raconta 4
- Nilperle 5
- Virginia Lord Bozgoyne 5
- Bajazzo 6



Raconta

rund, dick, ohne Mundstück, die neue

Avramikos-

Zigarette

für den verwöhntesten Raucher

- Mahdi von Cairo ... 8
- Mahdi-Auslese 10
- Edle von Hamburg 10
- Turrida 12
- Hausmarke 15
- Renata 20

Patrioten im Café.

Sie sahen und tranken zwar nicht am Teetisch, sondern am Bierisch, und sprachen nicht von Liebe, sondern von Patriotismus...

Nach kurzer Pause paulte und siedelte die Musik wieder frisch drauf los. Plötzlich, nach ein paar Taktchen, fuhr der eine der Patrioten am marmornen Bierisch, wie von der Tarantel gestochen...

Da drehte sich vom Nachbartisch einer um und sagte bescheiden: „Entschuldigen Sie, meine Herren! Die Musik spielt aber nicht „Carmen“...“

Ammerkung des Chronisten, damit nicht Berliner in schlechten und schlampfigen Verdacht kommen: Es war am Vorabend der landwirtschaftlichen Woche!

Die Arzthilfe für Kassenmitglieder.

In Abwehr des Vertragsbruches der Ärzte.

Den Kampf gegen die zum Schutz der Krankenkassen erlassene Reichsverordnung vom 30. Oktober 1923 haben die Kassenärzte nicht nur mit den Bewahrmitteln des Vertragsbruches geführt...

unbequem ihnen der Berliner Kassenärzterein ist, die neu gegründete Organisation von Ärzten, die den Kampf gegen die Reichsverordnung nicht auf den Rücken der Versicherer ausdehnen lassen wollten...

Die weitaus größte Krankenkasse Berlins, die Allgemeine Ortskrankenkasse, hatte vorgestern Vertreter der Presse zu sich eingeladen, um ihnen einen Einblick in die Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu geben...

Ein Briefkastenmarder.

Ein Briefkasteneindrehen wurde von der Kriminalpolizei in Weißensee ungeschädlich gemacht. Die Kriminalpolizei nahm kürzlich wegen eines Raubdiebstahls in der Wohnung eines gewissen Georg Schulz in der Warsteiner-Str. 6 eine Hausdurchsuchung vor...

Den Freund erschossen. Der 17-jährige Ruffner Otto Segemüller aus der Andstr. 21 beunruhigte seinen Freund, den im gleichen Alter stehenden Schlosser Karl Wapner in der Esterlischen Wohnung Köstlinstr. 20...

Dabei erlud sich die Waffe und die Kugel drang Segemüller in den Mund, so daß er tot zusammenbrach. Der Täter wurde festgenommen.

„Albanische Blutrache“.

Er betrachtete sich moralisch als verheiratet.

Unter der Anklage des versuchten Mordes wurde der 31-jährige Student Mohammed Djemat Bey der Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt. Der Angeklagte, ein großer, stattlicher Mann mit nicht unkompatiblen Gesichtszügen, stammt aus Barana und ist türkischer Staatsangehöriger...

Mohammed Djemat hatte im Sommer 1921 eine Witwe M., die Tochter eines höheren Ministerialbeamten, kennengelernt; die Beziehungen entwickelten sich bald zu einem Liebesverhältnis. Beide machten wiederholt gemeinsame Reisen...

Die Fahrpreiserhöhung für Kleingärtner.

Vom 1. März d. J. ab wird den Kleingärtnern wieder eine Fahrpreiserhöhung von 50 Proz. für die Fahrt vom Wohnort zum Kleingarten gemährt. Die Ermäßigung wird auf Grund eines mit dem Lichtbild des Inhabers versehenen Ausweises ausgedehnt...

Vorortverkehr und Sonntagskarten.

Im Reichsverkehrsministerium fand kürzlich eine Besprechung mit den Vertretern des Deutschen Ausschusses für Vorortverkehr, den Bürgermeistern Wittgenstein, Uchtmann und Verkehrsminister Hoffmann über die Fragen des Vorortverkehrs und der Sonntagskarten statt...

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Und die weiße Straße geht in der Sonne vor Einsamkeit sich selbst entlang.“ flüsterte Jürgen. Und glaubte, in dieser Sekunde den tiefsten Sinn des Menschendaseins erkannt zu haben...

Und wandte sich, schritt schnellen Schrittes zurück und in die Arbeiterversammlung, deren Ankündigung er im „Klassenkampf“ gelesen hatte.

Jürgen kassierte den Zins ein bei den Parteien der drei Mietkasernen, zu deren Verwalter die Tante ihn unversehens gemacht hatte, füllte neue Mietverträge aus, beaufsichtigte das Tapezieren einer Wohnung, ging zwischendurch ins Kolleg...

Eine neue Partei verlangte, daß die Küche frisch geweiht werde. Nach der Tante Meinung war die Küche noch weiß genug. Jürgen mußte vermitteln. Er sah, wie nie vorher in seinem Leben, von Angesicht zu Angesicht die Not...

Der Tapezierer war fertig. Jürgen blinnte die Wand an. Die knallroten Rosen der neuen Tapete wurden lebendig, freisten wie ein Feuerwerksrad. Tragisch — so eine Rosenmohnung! Viele tausend Rosen, und wenn dann die Leute darin leben... stinkt!

Vor dem Hause, herum um das Kanalgitter, drehten sich drei fahle Proletarienkinder im Ringelreihen. In der Mitte kniete eine Bierjährige und machte das zum Spiel gehörige Märchengesicht.

„Für diese Kinder scheint das Kanalloch der Mittelpunkt zu sein, wie das reich ausgestattete Spielzimmer der Mittel-

punkt für die anderen Kinder ist. Daß die Faust der Armut auch die Kinder würgt, das hat mich schon als Gymnasiast empört...“

„Und die Kinder, neben denen die Gouvernante geht?“, Mademoiselle Katharina. Sie dürfen nicht mit den Armen schlentern. Mademoiselle Katharina, Sie dürfen sich nicht umsehen. Beim Aamen müssen Sie die Lippen geschlossen halten, Mademoiselle Katharina.

Es war die Stunde, da die proletarische Jugend, weil sie eigentlich schon zu Hause hätte sein müssen, in der heißesten Spiellust zusammengetan ist. Geschrei durch Straßen. Erhitzte Gesichter. Gespannte Knabentkörper, in Fluchstellung atemlos den Verfolger erwartend.

„Die dürfen mit den Armen schlentern. Umsehen dürfen die sich auch. Und den Mund können sie aufreihen, so weit sie wollen.“ Abendglocken läuteten, verlangten. Arbeiter marschierten heimwärts. Der warme Sommerhimmel dämmerte der Nacht entgegen. Laternen funkten auf. Der Tag war schon gewesen.

„Es ist doch schön — man begreift nur meistens nicht.“ Viele Geschäfte waren noch beleuchtet. Aus anderen strömten schon die bleichen Lahnnerinnen, sahen in den Himmel und streiften dabei die Handschuhe über. Ein Invalide, der seinen verkrüppelten Fuß, der wie eine verkümmerte Hand aussah, nach auf dem Gehweg liegen hatte, hob die Mühe zu Jürgen empor.

„Du wirft nicht wollen, daß ich leide,“ sang ein hemdärmeliger Tenor im vierten Stock tragischen Tones vergnügt zum Fenster hinaus.

In dem Theater rollten Autos vor und ab. Toiletten fliegen aus. Ein zahnloser Menschenmund rief: „... tung mit den neuesten Kursberichten!“ Der aus den Zugangsstraßen immer neu genährte Zug derer, die aus den Werkstätten, aus den Fabriken kamen, marschierte vorüber. Alle schritten im gleichen Tempo, nahmen Jürgen mit.

„... Denn überall haben in Wirklichkeit die Monopolisten die ganze Macht: eine Macht, so unbeschränkt, daß auch die Schule, Kanzel, Presse, öffentliche Meinung, Polizei, Militär, Justiz, der ganze Staat ihr Sklave ist und die Regierungen in allen Vaterländern nur die Schatten der Monopolisten sind, Schatten, die, wie der Schatten eines beweglichen Gegenstandes, jede Bewegung dieser Allmächtigen mitmachen müssen. Schon stehen die Monopolisten aller Vaterländer wieder vor dem Knopf, und die Schatten bilden unversehens auf die Monopolisten, bereit und gezwungen, den Krieg — Krieg um Rohstoffquellen, Eisenbahngesellschaften, Absatzmärkte, um den Weltprofit — zu erklären in dem Moment, da jene auf den Knopf drücken.“

„Ich, der Agitator, der unter dem bösen Gaslicht auf einem Küchenhocker saß, seinen Vortrag Katharinas Zimmer war sehr niedrig. Der Agitator erhob sich, vorsichtig, um mit dem Kopfe nicht anzustoßen an den Casarm. Nicht nur für einzelne Menschen, Genosse Jürgen, auch für das Proletariat gibt es, da die ökonomischen Voraussetzungen zur Ablösung der kapitalistischen Konkurrenzproduktionsweise durch die proletarische Bedarfsproduktionsweise gegeben sind, immer wieder das, was du Schicksalspause nennst — weltpolitische Situationen nämlich, in denen das Proletariat sich entscheiden kann für die soziale Revolution oder für einen imperialistischen Krieg, in dem Millionen fallen. Das Weltproletariat steht immer wieder in dieser Schicksalspause. Wie wird es sich das nächste Mal entscheiden?“

Und während er seine Notizen eintröcte: „Der Genosse Jürgen! ... Unsere Bezirksführer! Und hier: unser Vertrauensmann.“

Die neun standen an der Wand lang, hockten auf dem Fußboden und dem Fensterhimmel. Zwei rauchten aus kurzen Pfeifen den Tabak, dessen dunkelblauer Qualm, von dem Spaziergänger unverkennbar im Freien eingatmet, gut riecht und in Zimmer wie Gift beißt.

Jürgens Augen folgten dem Blicke des Agitators, der lächelnd sagte: „Ihr beide kennt einander ja schon sehr lange, hast du mir erzählt.“

Katharinas Gesicht, das außerhalb des Lichtkreises hinter der Schreibmaschine im Schatten hing, sah übermüdet aus. Neben ihr stand ein großer Emaille mit kaltgewordenem Kraut und kaltgewordenen Fettsäuren, an der Rückwand ein Gaskocher und ihr schmales Eisenbett.

(Fortsetzung folgt.)

